

Bilanz-Offenlegungspflicht: Unser Kampf geht weiter!

Wie Sie wissen, droht direkt ein Ordnungsgeld von mindestens 2.500 €, falls eine GmbH die Bilanz-Offenlegung im Internet (elektronische **Bundesanzeiger**) versäumt oder verweigert. Und während das Einstellen der Daten stattliche Kosten verursacht, kann jeder x-beliebige Interessent vollkommen gratis in den von Ihnen dort eingereichten Unterlagen ungehemmt herumschnüffeln. Für 'markt intern'-Herausgeber Dipl.-Ing. **Günter Weber** ist das *"nichts anderes als eine staatliche Beihilfe zur Wirtschaftsspionage. Marktmächtige Konzerne können bequem die finanzielle Situation ihrer mittelständischen Konkurrenten ausspähen und diese durch gezielte Aktionen vom Markt verdrängen. Und mit dem Bundesamt der Justiz fungiert der Staat als Inkassostelle für den privaten Betreiber der elektronischen Register. Ein Skandal!"*

Dagegen kämpft 'markt intern' von Beginn an mit aller Macht: ++ 'mi' hat Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz erhoben (Az. 1 BvR 16/08) ++ 'mi'-Chef Günter Weber hat Protestschreiben gegen das Gesetz an alle **Bundestags-Abgeordneten** und sämtliche deutschen Abgeordneten im **Europäischen Parlament** gerichtet ++ Im Oktober 2008 starteten wir unsere Offenlegungs-Protest-Aktion, bei der unsere Leser die Möglichkeit wahrnahmen, der damals verantwortlichen Bundesjustizministerin **Brigitte Zypries** die Rote Karte zu zeigen ++ Hunderte von Gesprächen mit Politikern aller Couleur auf nationaler und EU-Ebene fanden seitdem statt.



Ende letzten Jahres forderte die federführende 'mi'-Redaktion '**GmbH intern**' von Bundesjustizministerin **Sabine Leutheusser-Schnarrenberger** zudem eine Härtefallregelung, weil die Offenlegung von Jahresabschlüssen im Einzelfall zu erheblichen Nachteilen bei den Kleinstunternehmen bis hin zur Existenzgefährdung führen könne, etwa bei Unternehmen, die einem hohen Wettbewerbsdruck ausgesetzt sind.

Jetzt trägt unsere hartnäckige Überzeugungsarbeit in den zahlreichen Gesprächen mit hochrangigen EU-Parlamentariern – besonders im Vorfeld der Europawahl des vergangenen Jahres mit dem zuständigen EU-Kommissar **Günther Verheugen** – erstmals Früchte. Das Europäische Parlament hat Anfang März einer Befreiung von Kleinstunternehmen von Bilanzierungs- und Offenlegungspflichten den Weg geebnet und damit indirekt die bedingungslose Offenlegungspflicht für Kapitalgesellschaften gekippt! Nach dem Willen der Parlamentarier sollen Kapitalgesellschaften ++ die nicht mehr als 10 Mitarbeiter haben ++ bzw. eine Bilanzsumme von weniger als 500.000 € oder ++ einen Umsatz von weniger als 1 Mio. € aufweisen, zukünftig keine Bilanzen mehr vorlegen müssen, wenn zwei der drei Kriterien erfüllt sind. Damit fällt für diese Gruppe gleichzeitig auch die Offenlegungspflicht weg.

Für 'GmbH intern'-Chefredakteur **Peter Vogt** ist dies zwar nur ein kleiner, aber dennoch sehr wichtiger Erfolg, an dessen Signalwirkung er und sein Team nicht ganz unschuldig sind. Doch jetzt heißt es hartnäckig zu bleiben, weil letztendlich die EU-Vorgaben noch in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Die nun anstehende Umsetzung der Richtlinie sollte deshalb auch zügig genutzt werden, um einige eklatante rechtsstaatliche Defizite des gegenwärtigen Offenlegungsverfahrens zu beseitigen. Die Chancen dafür stehen nicht schlecht, da wir eine Justizministerin haben, die hoffentlich an ihre erste Zeit in diesem Job zurückdenkt, wo doch alles einmal ganz anders geplant war: **Erinnern Sie sich noch, Frau Leutheusser-Schnarrenberger?** Im Oktober 1994 erregte die damalige Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger große mediale Aufmerksamkeit, als sie entschieden die Behauptung zurückwies, die

Ihr direkter Draht ... (Mo. - Do. 14 - 17 Uhr, Fr. 9 - 12 Uhr)

02 11 / 66 98 - 111

Fax: 02 11 / 66 98 - 179

e-mail: vermoegen-steuern@markt-intern.de

... für den vertraulichen Kontakt

markt intern Vermögen & Steuern. – Redaktion Verlagsgruppe: Herausgeber Dipl.-Ing. Günter Weber; Verlagsdirektoren Bwt.(VWA) André Bayer, Olaf Weber; Redaktionsdirektoren Dipl.-Kfm. Uwe Kremer, Heidi Scheuner; Abteilungsleiter Rechtsanwalt Georg Clemens, Dipl.-Kfm. Christoph Diel, Rechtsanwalt Lorenz Huck, Dipl.-Kfm. Karl-Heinz Klein, Dipl.-Vwt. Hans-Jürgen Lenz, Dipl.-Vwt. Stephan Schenk, Rechtsanwalt Gerrit Weber; Chef vom Dienst Bwt.(VWA) André Bayer.

markt intern Verlag GmbH, Grafenberger Allee 30, D-40237 Düsseldorf, Telefon 0211-6698-0, Telefax 0211-666583, www.markt-intern.de. Geschäftsführer Hans Bayer, Dipl.-Ing. Günter Weber; Prokuristen Bwt.(VWA) André Bayer, Dipl.-Kfm. Uwe Kremer, Rechtsanwalt Gerrit Weber, Olaf Weber; Justitiar Rechtsanwalt Dr. Gregor Kuntze-Kaufhold. Gerichtsstand Düsseldorf. Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages. Druck: Theodor Gruda GmbH, Breite Straße 20, 40670 Meerbusch. Anzeigen, bezahlte Beilagen sowie Provisionen werden zur Wahrung der Unabhängigkeit nicht angenommen. ISSN 1431-309X

Bundesregierung beabsichtige Bußgelder bei Offenlegungsverstößen einzuführen. Im Gegenteil: "Die Anforderungen der EU-Kommission an die GmbH-Publizität sind völlig überzogen", diktierte die Ministerin seinerzeit in die Journalistenmikrofone. Erste Reaktionen aus dem Berliner Ministerium gegenüber 'mi' stimmen uns auch für 2010 positiv, daß die Publizitätspflicht zumindest für die vielen Mittelständler in naher Zukunft begraben wird.

GMBH-PUBLIZITÄT / Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Keine Bußen bei unterlassener GmbH-Publizität

Das Bundesjustizministerium weist Behauptungen zurück, es habe der EU-Kommission einen Geldbußen-Regelungsvorschlag gemacht, um die Veröffentlichung der Jahresabschlüsse der GmbH zu erzwingen.

Sanktionen, um kleine und mittlere Kapitalgesellschaften zur Offenlegung ihrer Jahresabschlüsse zu zwingen. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger: „In unverantwortlicher Weise versucht der Verband, seine Mitglieder gegen Rege-

„Deshalb hat die Kommission jetzt auch beschlossen, die im Dezember 1992 gegen die Bundesrepublik Deutschland beschlossene Klage beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg einzuziehen. Dieser Klage sehe ich allerdings anlassen

dem, weil sie nicht „in sein Konzept passen, die Bundesjustizminister als mittelstandsfeindlich zu denuzieren.“ Deshalb sei auch die neuerliche „Schutzkampagne“ gegen in Person nicht verwunderlich. Alle

HANDELSBLATT, Dienstag, 4.10.04 Politikerin nehme damit gezielt die

Was bislang jedoch an keiner Stelle bedacht wurde, ist, was mit den zahlreichen Kleinstunternehmen passieren soll, die durch bereits geringste Verstöße gegen die Publizitätspflicht mit Zwangsgeldern bedacht wurden, die sie teilweise in den Ruin treiben, auch weil die Ordnungsgelder kleine Unternehmen unverhältnismäßig benachteiligen, da sie unabhängig von der Größe des Unternehmens erhoben werden.

'VS'-Fazit: Wir haben deshalb konkrete Vorschläge erarbeitet, wie gesetz- bzw. verwaltungstechnisch erreicht werden kann, daß Ordnungsgelder, die wegen verspäteter Offenlegung/Nichtoffenlegung von Jahresabschlüssen festgesetzt worden sind, zunächst vorläufig nicht mehr vollstreckt und zu einem späteren Zeitpunkt ganz oder teilweise fallengelassen werden. Konkret: Unser Vorschlag für eine "Amnestie" in Sachen Offenlegung, den wir bereits nach Berlin geschickt haben und den Sie auch bei uns als Service unter dem Stichwort 'VS 02/10 Bilanz-Offenlegungspflicht' per E-Mail (vermögen-steuern@markt-intern.de) abrufen können. Eine Möglichkeit, die schnell umsetzbar ist und wie eine kleine Konjunkturspritze wirkt. Frau Bundesministerin, bitte übernehmen Sie!

€ Vermögen und Steuern auf den Punkt gebracht €

●● **Private Krankenversicherungsfall:** Während in der Politik bei der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) über eine Kopfpauschale bzw. Gesundheitsprämie heftig gestritten wird, müssen Jahr für Jahr die rund 8,7 Mio. Privatversicherten bluten, denen man überproportional hohe Beitragserhöhungen im teils zweistelligen Bereich zumutet. Kein Wunder, daß die Krankenversicherungen nur unter höchster und teurer Anstrengung neue Kunden für die private Krankenversicherung (PKV) gewinnen. Und wenn der Nachwuchs wegbricht, dann wird es für die immer älter werdende PKV-Solidargemeinschaft bald immer düsterer. Aus 'VS'-Sicht läßt sich die bereits drehende Spirale nur stoppen, wenn die Versicherungsunternehmen den Politikern endlich klar aufzeigen, daß die sich ständig vergrößernden Finanzlöcher in der schlecht wirtschaftenden GKV nicht dadurch behoben werden können, daß die explodierenden Gesundheitskosten der Allgemeinheit zunehmend stärker über erhöhte Abrechnungen bei den PKV-Versicherten ausgeglichen werden. Einhalt ist hier geboten. 'VS' wird die wichtigsten Anbieter der PKV (u. a. ++ **Debeka** ++ **DKV** ++ **Allianz** ++ **Signal** ++ **Central**) zur Stellungnahme bzgl. deren Abwehrstrategien auffordern. Wie beurteilen Sie die Situation?

●● **Vermögensübertragung – Vorsicht vor Nachlaßkollisionen:** Vermögende Deutsche, die ihren Wohnsitz in der Schweiz haben oder dort hinziehen wollen, sollten bei der Erstellung ihres Testaments darauf achten, daß es nicht zu Nachlaßkollisionen kommt. Solche entstehen häufig, da nach Schweizer Recht das eidgenössische Erbrecht Anwendung findet, wenn ein deutscher Staatsbürger bei seinem Tod seinen Wohnsitz in der Schweiz hatte. Nach deutschem Recht gilt unser nationales Recht. Selbst wenn im deutschen und schweizerischen Erbrecht viele Gemeinsamkeiten bestehen, kann diese unterschiedliche Anknüpfung zu unterschiedlichen Ergebnissen bzw. zu einem Entscheidungsdissens führen. 'VS' empfiehlt, angesichts der komplexen Fallstricke rechtzeitig fundierten Rat einzuholen.

●● **Vorsicht vor TÜV-Siegeln:** Die Kompetenz des TÜV bei der Kfz-Hauptuntersuchung ist das eine, das andere sind deren inzwischen ausufernden weiteren Geschäftsfelder. Hierzu gehören u. a. teils höchst fragwürdige TÜV-Siegel für Finanzprodukte und Finanzvertriebe. Mittels Kundenbefragungen bekam bspw. die Kasseler MEG AG, deren Geschäft zuletzt mit Stornoquoten von über 70 % (!) belastet war, per TÜV-Nord-Zertifizierung ein Höchstmaß an Kundenzufriedenheit in den Jahren 2007, 2008 und 2009 bestätigt. Dumm für den TÜV, daß die aggressiven Policen-Umdecker der MEG-Strukkis Ende letzten Jahres ihren Laden erfolgreich an die Wand gefahren haben und in der Insolvenz landeten. Leider nur ein Beispiel von vielen, wie nichtssagend und damit geradezu täuschend TÜV-Zertifikate im Finanzvertrieb sein können. Wieso hört man eigentlich von Bundesverbraucherministerin **Ilse Aigner** hierzu keinen Aufschrei?

In Europas größtem Informationsdienstverlag...

steuer-tip finanz-tip
kapital-markt intern
GmbH intern Bank intern
steuerberater intern
Ihr Steuerberater

EXCLUSIV (Schweiz)

Autosport, Auto, Tankstelle, Waren, Schminke, Unterhaltungselektronik, Apotheke, Installation, Sanitär, Heizung, DOB, Fachhandel, Büros, Fachhandel, Sport, Fachhandel, Elektro, Fachhandel, Möbel, Fachhandel, Parfümerie, Kosmetik, Eisenwaren, Garten, Young Fashion, Dienstleistungen, Schuh, Fachhandel, Foto, Fachhandel, Telekommunikation, Spielwaren, Modellbau, Basteln, Elektro, Installation, BAKA, Fachhandel, Wäsche, Stoffe, Handarbeiten, Mittelstand

...erscheinen die wöchentlichen Branchenbriefe:

immobilien intern
versicherungstip
investment intern
recht intern
Anleihen
inside track (USA)